



Bochumer Sozialforum

Die Würde wird mit Füßen getreten

Die Politik der Agenda 2010 und Hartz IV ist der größte Sozialkahltschlag in der Geschichte der BRD. Diese Politik, vorangetrieben durch eine große Koalition der Sozialräuber von SPD, Grünen, CDU/CSU und FDP, ist ein Angriff auf den Menschen. Die einschlägige Parole von Bundespräsident Köhler "Vorfahrt für Arbeit" (gemeint ist: Vorfahrt für Kapital-Rendite) steht für eine Politik des Kapitals, die die demokratischen, sozialen, kulturellen und ökologischen Grundlagen unserer Existenz in Deutschland und Europa zerstört. Der DGB-Aufruf zum 1. Mai spricht von Würde, aber verschweigt die unsoziale Politik der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung.

SPD: Klarer Kurs gegen den Sozialstaat!

Hartz IV ist Armut pur und verschärft die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben. Bei steigender Arbeitslosigkeit werden vier Milliarden Euro für Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger gestrichen. Zeitgleich zu den Hartz IV Gesetzen erhalten Unternehmen und Reiche die gleiche Summe als Steuergeschenk. Weitere sechs Mrd. € sind ihnen gerade beim „Job-Gipfel“ versprochen worden.

Über 27.000 Menschen sind allein in Bochum arbeitslos und leben an der Armutsgrenze und sind immer mehr von einer menschenwürdigen Existenz ausgeschlossen. Selbst der letzte NRW-Sozialbericht bestätigt der rot-grünen Bundesregierung ihre unsoziale Politik: *Die Studie spricht in diesem Zusammenhang von "politisch Mitverursachtem Reichtum". Die Schere zwischen Armen und Reichen geht auch in NRW weiter auf. Steuern und Sozialabgaben begünstigen der Studie zufolge die einkommensstarken Haushalte. Sie behalten von ihren Einnahmen einen höheren Prozentanteil als der Durchschnitt der Steuerzahler.*

Der mit Hartz IV eingeführte Arbeitszwang, die rechtlosen 1-Euro-Jobs, ist der Einstieg in einen gigantischen Niedriglohn-

sektor für viele Beschäftigte. Hartz IV schafft keine neuen Arbeitsplätze. Im Gegenteil reguläre, tariflich bezahlte Arbeitsstellen werden vernichtet. Hartz IV schafft Angst. Angst vor dem sozialen Abstieg, die ganze Belegschaften (Opel, VW, Siemens etc.), erpressbar macht, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen zu akzeptieren. Diese Vereinbarungen sind gegen die Interessen der Beschäftigten und Arbeitslosen gerichtet.

Kurz vor der NRW-Wahl versucht die SPD mit Müntefering und seiner angeblichen "Kapitalismuskritik" ein groteskes Täuschungsmanöver. **Aber:**

Wer sich von Müntefering einseifen lässt, wird von Clement rasiert.

Bereits 1931 hatte Tucholsky dieses Vorgehen auf den Punkt gebracht: *„Eines aber möchten wir in absehbarer Zeit nicht hören: das jammervolle Geächz der aus der Regierung herausgeworfenen Sozialdemokraten, weil man sie dann gerade so behandeln wird, wie sie heute den Reaktionären helfen, die Arbeiter zu behandeln... Und sie werden keinen schönen*

Anblick bieten. Denn nichts ist schrecklicher als eine zu jedem Kompromiss bereite Partei, die plötzlich Unnachgiebigkeiten markieren soll.“

Vor der Wahl wird links geblinkt, um dann rechts weiterzufahren. Egal ob SPD- oder CDU-Regierung, die Politik des Sozialraubs soll fortgesetzt werden:

Hartz IV ist nur der Anfang diese Politik. Die völlige Privatisierung von öffentlichen Gütern (wie z.B. Wasserversorgung, Nahverkehr oder Kultur), die Auflösung der Parität in den Sozialversicherungen, die Privatisierung der Pflegeversicherung, Renten, Unfall- und Krankenversicherung sind schon in Planung. Die Gewerkschaften sollen weiter geschwächt werden. Europa ist auf dem Weg in eine 1/5 Gesellschaft, d.h. 4/5 Bevölkerung wird die Lebensgrundlage

noch mehr beschnitten und ihr Recht auf eine gesicherte Existenz und gesellschaftliche Teilhabe entzogen.

Dazu passend soll am 12. Mai der deutsche Bundestag staatsstreichartig über die Ratifizierung der EU-Verfassung entscheiden, eine Art Machtübergabe an die „EU der Konzerne“. Nicht nur das im Grundgesetz verankerte Ziel der Sozialstaatlichkeit, sondern auch weitere Grundrechte werden damit sukzessive außer Kraft gesetzt.

In den Medien schwätzen Politiker, selbsternannte Experten und Unternehmer permanent von der Alternativlosigkeit dieser Politik. Das Bochumer Sozialforum versucht, wie die Weltsozialforumsbewegung und etwa Attac, aufzuzeigen:

Es gibt Alternativen zu dieser Politik!

Unsere erste Alternative: gemeinsamer Widerstand gegen diese Entwicklung!

Der DGB schreibt in seinem Aufruf zum 1. Mai 2005:

“Nichts kommt von allein. Wenn Menschen sich engagieren und sich einmischen, wird es besser. Darum gibt es Gewerkschaften. Menschenwürde, Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Tarifautonomie und Mitbestimmung sind die Basis einer freien Gesellschaft... Menschenrechte, Toleranz, Freiheit und entfaltete Demokratie, praktizierte Solidarität sowie die Beseitigung von Fremdbestimmung und Ungleichheit sind die Werte einer internationalen Gewerkschaftsbewegung. Dafür lassen wir uns beim Wort nehmen, dafür suchen wir noch mehr Mitstreiter und Unterstützung“

Nehmen wir den DGB beim Wort. Der Burgfrieden diverser Gewerkschaftsvorstände mit den rot-grünen Sozialräubern muß beendet werden. Wir brauchen einen “Aufstand der Würde”. Das Sozialforum lädt im Anschluß an die Mai-Kundgebung zu einem Gespräch “Gemeinsamer Widerstand gegen Sozialraub - Aufstand der Würde!” im Sozialen Zentrum ein.

**Hartz IV muß weg!
Die Politik der Agenda 2010 muß gestoppt werden!**

**Einladung zu einem Gespräch
“Gemeinsamer Widerstand gegen den Sozialraub!
Aufstand der Würde!”**

**13:00 Uhr im Anschluß an die DGB-Kundgebung
im Sozialen Zentrum, Rottstr. 31**

Bochumer Sozialforum - www.kolabor.de/sozialforum/
Bewegung-in-Bochum - www.bo-alternativ.de